

Kernpunkte 10

Oktober 2014 / Kurzdokumentation zur Kernenergie Diskussion: Tatsachen und Argumente

Ensi: Laufzeiten von 60 Jahren technisch möglich

Das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) ist der Ansicht, dass die Schweizer Kernkraftwerke «rein technisch» 60 Jahre in Betrieb bleiben können. Dies gilt auch für Beznau-1 (seit 45 Jahren in Betrieb) und Beznau-2 (zwei Jahre jünger). Der Betrieb einer Anlage über 40 Jahre hinaus ist schon heute an strenge Auflagen gebunden. Die Langzeitbetriebssicherheit muss beim Erreichen von 50 Betriebsjahren erneut gründlich überprüft werden. Erfüllt ein Kernkraftwerk die Vorgaben nicht mehr, kann das Ensi jederzeitig die Abschaltung verfügen. «Eine fixe Laufzeitbegrenzung wäre ein politischer Entscheid und müsste entsprechend vom Parlament beschlossen werden», erklärte Georg Schwarz, stellvertretender Ensi-Direktor. Das Ensi überprüft heute alle zehn Jahre, ob die Voraussetzungen für einen sicheren Betrieb für weitere zehn Jahre erfüllt seien.

Europäische Kommission sagt Ja zu britischen Fördermassnahmen...

Die Europäische Kommission ist Anfang Oktober 2014 zum Schluss gekommen, dass die überarbeiteten Massnahmen Grossbritanniens zur Förderung des Baus und Betriebs des geplanten Kernkraftwerks Hinkley Point C mit dem EU-Beihilferecht vereinbar sind. Die Kommission hatte dazu Anfang 2014 eine Untersuchung eingeleitet und zeigte sich zu Beginn sehr skeptisch. Nun haben der Kommission zufolge die britischen Behörden nachweisen können, dass mit den Beihilfemassnahmen ein echtes Marktversagen behoben wird.

...und Österreich will dagegen klagen

Das österreichische Bundeskanzleramt will gegen den Entscheid der Europäischen Kommission zu den Fördermassnahmen der britischen

Regierung für das geplante Kernkraftwerk Hinkley Point C klagen. Es wird die schon im Vorfeld des Entscheids angekündigte Klage beim Europäischen Gerichtshof einbringen. Im Gegensatz zu Grossbritannien und anderen Staaten wie zum Beispiel den USA hält Österreich die Kernenergie für keine Option zur Bekämpfung des Klimawandels.

Südafrika bestätigt Neubauprogramm

Südafrika plant den massiven Ausbau der Kernenergienutzung. Das Land hält an der Kernenergie fest, weil sie sicher, umweltfreundlich und nachhaltig ist. Das Neubauprogramm der Regierung sieht vor, zusätzliche 9600 Megawatt Leistung zu installieren. Derzeit sind zwei Kernkraftwerke in Betrieb. Um die industrielle Zusammenarbeit im Bereich Kernenergie zu stärken, unterzeichnete Südafrika mit Russland und mit Frankreich Regierungsabkommen. Die Regierung hat vor, mit weiteren Staaten solche Abkommen zu unterzeichnen.

Japan: Kernenergie weiterhin wichtig

Shunichi Yamaguchi, japanischer Minister für Wissenschaft und Technologie, hat an der Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien den strategischen Energieplan Japans vorgestellt, den das Kabinett bereits genehmigt hat. Darin wird die Kernenergie als eine wichtige Energiequelle zur Grundlastdeckung bezeichnet. Um den künftigen Anteil der Kernenergie am Energiemix zu bestimmen, würden Bedarf, Kosten, Klimaschutz, Versorgungssicherheit, nukleare Sicherheit sowie wirtschaftliche, personelle und ökologische Kriterien gegeneinander abgewogen. Premierminister Shinzo Abe hatte zuvor bestätigt, dass die Kernkraftwerke, welche die nach dem Reaktorunfall von Fukushima-Daiichi von März 2011 verschärften Sicherheitsrichtlinien erfüllen, wieder ans Netz gehen sollen.

Redaktion: M.-F. Aepli,
B. Bechtold, M. Brugger, M. Rey,
S. Rychard, M. Schorer
Nuklearforum Schweiz
Postfach 1021
3000 Bern 14
Telefon 031 560 36 50
Telefax 031 560 36 59
info@nuklearforum.ch
www.nuklearforum.ch

Erscheint 12-mal jährlich
ISSN 1421-0347

© 2014 Nuklearforum Schweiz

Frankreichs Nationalversammlung billigt Energiewendegesetz

Frankreichs Nationalversammlung hat mit 314 Ja- zu 219 Neinstimmen das Gesetz zur Energiewende in erster Lesung verabschiedet. Die Vorlage entspricht weitgehend den Wahlversprechen des jetzigen Präsidenten François Hollande. Die Hauptziele:

- den Atomanteil an der Stromerzeugung von 75 auf 50% senken,
- die installierte Leistung des französischen Kernkraftwerksparks auf die heutigen 63'200 Megawatt deckeln,
- die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 40% reduzieren und sie, im Vergleich zu 1990, bis 2050 vierteln,
- bis 2030 30% weniger fossile Energieträger einsetzen als 2012,
- den Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch auf 32% bis 2030 erhöhen,
- den Endenergieverbrauch bis 2030 um 20% und bis 2050 um 50% vermindern.

Wie diese Ziele konkret erreicht werden sollen, ist noch nicht bekannt.

Belgiens neue Koalitionsregierung legt Plan zu Kernenergiezukunft vor

Die neue Mitte-Rechts-Regierung Belgiens unter dem liberalen Premierminister Charles Michel, die seit dem 11. Oktober 2014 im Amt ist, hat ihr Regierungsprogramm verabschiedet. Sie sieht unter dem Kapitel «Energie» vor, dass eine sofortige Gesetzesänderung vorzulegen ist, welche die Verlängerung der Betriebsdauer der Kernkraftwerke Doel-1 und -2 ermöglicht, um die Versorgungssicherheit des Landes zu gewährleisten. Die Regierung hält jedoch am bereits früher beschlossenen Kernenergieausstieg bis 2025 fest. Der Atomstromanteil Belgiens beträgt gegenwärtig 55%.

Schweden sucht Energiekonsens mit parteiübergreifender Kommission

Schwedens neuer sozialdemokratischer Premierminister Stefan Löfven hat in seiner Antrittsrede vom 3. Oktober 2014 das Grundkonzept seiner neuen Energiepolitik vorgestellt. Diese sei wesentlich für eine funktionierende Gesellschaft und für die Wirtschaft. Es brauche einen reibungslosen und verlässlichen Zugang zu

Strom und konkurrenzfähige Preise. Deshalb werde die Regierung zu parteiübergreifenden Gesprächen einladen und eine Energiekommission einsetzen, um ein langfristiges Energieübereinkommen zu erreichen. Vom Regierungsstandpunkt aus sollen erneuerbare Energien und Effizienzanstrengungen die Kernenergie ersetzen, sodass Schweden sich auf längere Sicht hinaus vollständig mit erneuerbarer Energie versorgen kann.

Drittes Kernkraftwerk in den VAE in Bau

Am 24. September 2014 haben die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) mit dem Bau des dritten Kernkraftwerks begonnen. Die Baubewilligung für das vierte Kernkraftwerk wurde bereits von der Kernenergie-Aufsichtsbehörde erteilt. Die VAE planen, am Standort Barakah zwischen 2017 und 2020 vier Kernkraftwerke südkoreanischer Bauart in Betrieb zu nehmen, die zusammen rund einen Viertel des Strombedarfs des Landes decken werden. Barakah liegt am Persischen Golf rund 230 km westlich der Hauptstadt Abu Dhabi.

Finnland: keine Verlängerung der Bedenkzeit für TVO-Neubauprojekt

Die Regierung Finnlands hat es am 24. September 2014 abgelehnt, dem finnischen Stromversorgungsunternehmen TVO mehr Zeit zur Einreichung des Baubewilligungsgesuchs für das geplante Kernkraftwerk Olkiluoto-4 zu gewähren. Die TVO plant, am Standort Olkiluoto eine vierte Einheit zu bauen. Die Regierung und das Parlament hatten sich im Sommer 2010 in einem Grundsatzentscheid für das Projekt ausgesprochen. Laut dem Entscheid müsste die TVO das Baubewilligungsgesuch bis Ende Juni 2015 einreichen. Die TVO möchte jedoch die auf 2018 angesetzte Inbetriebnahme von Olkiluoto-3 abwarten, bevor sie Entscheide in Bezug auf Olkiluoto-4 trifft. Wie es mit dem geplanten Projekt nun weitergehen soll, ist noch nicht entschieden. Am Standort Olkiluoto sind gegenwärtig zwei Kernkraftwerke in Betrieb und eines in Bau.

Die «Kernpunkte» können Sie auch als elektronischen Newsletter unter www.nuklearforum.ch bestellen.